

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Montag: Monats-Bezugspreis bei Abnahme in den Hauptstädten der Reichs- und Provinzialstaaten 2.10 RM., bei Abnahme in den übrigen Reichsteilen 2.15 RM., bei Abnahme im Ausland 2.30 RM.
Wohnort: 55 1/2, Hauptstadt: 10 1/2, Grenzgebiete: 20 1/2
Verlagsort: Leipzig 2001, Generalverlag: Leipzig, Hauptstadt: 55 1/2, Hauptstadt: 10 1/2, Grenzgebiete: 20 1/2
Telefon: 31, Telegramm: Leipzig 2001

Bezugspreis: 1. Klasse: 2.10 RM., 2. Klasse: 1.95 RM., 3. Klasse: 1.80 RM., 4. Klasse: 1.65 RM., 5. Klasse: 1.50 RM., 6. Klasse: 1.35 RM., 7. Klasse: 1.20 RM., 8. Klasse: 1.05 RM., 9. Klasse: 0.90 RM., 10. Klasse: 0.75 RM.
Anzeigenpreis: 1. Klasse: 2.10 RM., 2. Klasse: 1.95 RM., 3. Klasse: 1.80 RM., 4. Klasse: 1.65 RM., 5. Klasse: 1.50 RM., 6. Klasse: 1.35 RM., 7. Klasse: 1.20 RM., 8. Klasse: 1.05 RM., 9. Klasse: 0.90 RM., 10. Klasse: 0.75 RM.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Jülich, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt
Abtastungsdruck und Verlag: C. O. Köhler (Inh. Ernst Köhler jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Axel Plegert in Frankenberg

Nr. 17

Montag den 21. Januar 1929 nachmittags

88. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

In einer Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums wurden am gestrigen Sonntag die Wahlen der stellvertretenden Vorsitzenden und der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes vorgenommen.

In einer Entschließung des Parteitagess der Deutschen Nationalen Volkspartei Dr. Kaasens, wird der ersten Sorge hinsichtlich der Reparationsverhandlungen Ausdruck verliehen und gefordert, daß durchgreifende Maßnahmen zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft ergriffen werden.

In der sächsisch-thüringischen Webwarenindustrie steht eine Generalausperrung bevor.

Auf der Führertagung des Stahlhelms in Magdeburg wurde einstimmig eine Erklärung zu dem Volksbegehren des Stahlhelms angenommen.

Angesichts der Haltung der französischen Bergwerksdirektion im Saargebiet hat sich die Streikbewegung bei den Bergarbeitern außerordentlich verschärft.

Die erste Sitzung des Sachverständigen-Ausschusses wird wahrscheinlich am 6. Februar stattfinden.

Die elsässischen Autonomisten haben amnestisch auch bei der Stichwahl in Kolmar einen glänzenden Sieg errungen.

Im Reichstag fand am Sonntag eine Leffing-Gedenkfeier statt. Anlässlich des 200. Geburtstag des Dichters hat Hamburg die Stiftung eines Leffingpreises der Freie und Hansestadt Hamburg beschlossen.

In Paris kam es in der Sonntagnacht zwischen Polizei und Royalisten zu schweren Zusammenstößen.

Auf Grund einer Verordnung der neuen südafrikanischen Regierung, sind seit die 4 kroatische Parteien aufgelöst worden.

Das Tauwetter hält an. Aus Paris wird Frühlingswetter, aus Neapel 17 Grad Wärme gemeldet.

Der deutsche Kreuzer „Emden“ ist in Neapel begeistert empfangen worden.

Die türkische Kammer hat den Gesetzentwurf über den Beitritt der Türkei zum Völkerbund angenommen.

Entscheidungen oder Fortwursteln?

(Eigene Meldung.)

Zentrum und Bayerische Volkspartei stehen in diesen Tagen vor sehr schwerwiegenden Entscheidungen, die die gesamte innerpolitische Lage nach der einen oder der anderen Seite beeinflussen können. Im Zentrum besteht bekanntlich seit der Wahl Dr. Kaasens zum Parteiführer immer noch Unklarheit über die Führung innerhalb der Reichstagsfraktion. Jetzt war die Reichstagsfraktion des Zentrums nach den Weihnachtsferien wieder verammelt, ohne indessen zu der Führerwahl abschließend Stellung zu nehmen. Vielmehr soll die allgemeine politische Debatte fortgesetzt werden, so daß man zur Wahl des Fraktionsvorstandes erst Ende dieser Woche kommen dürfte. Im Mittelpunkt des Personstreits steht, wie schon erwähnt, immer noch der Abgeordnete Stegerwald, der offenbar trotz der Ablehnung auf dem letzten Parteitag des Zentrums nicht daran denkt, die ihm einmal gegebene Führerrolle unwirksam zu lassen. Dessen ungeachtet besteht in zahlreichen Zentrumskreisen anscheinend die Absicht, Stegerwald auch nicht zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion zu machen, sondern ihm bei der kommenden (?) Regierungsumbildung ein Ministeramt zu geben. Es ist nicht das erste Mal, daß das Zentrum sich auf diese Weise ungewisser Seite innerhalb der Fraktion zu entleeren sucht. Überdies bleibt die Personstreit im Zentrum immer noch einer der ungeliebtesten Punkte unserer künftigen Innenpolitik.

Mit solchen Sorgen hat sich die Bayerische Volkspartei nicht zu plagen. Hier ist es vielmehr der Kammer über die Finanzpolitik des Herrn Giffenberg, der das Volksmittel durch die Einführung einer fünfprozentigen Steuererhöhung belasten möchte. Überdies ist der Protest gegen die Erhöhung der Biersteuer nicht auf die Bayerische Volkspartei beschränkt, aber aus naheliegenden Gründen findet er hier seinen stärksten

Ausdruck. Der bayerische Vertreter im Kabinett, Reichspostminister Schädel, hat dem bereits deutschen Ausdruck gegeben, und der Reichstagsler, dessen stärkste Fähigkeiten sich anscheinend in der Schauspielerei erweisen, vermeidet nach bekanntem Muster grundsätzliche und einheitliche Entscheidungen der Regierung in dieser Frage. Jedenfalls kommen von München her sehr ernste Stimmen, die die weitere Mitwirkung der Bayern im Kabinett wohl zweifelhaft erscheinen lassen.

Unter diesen Umständen könnte, rein innerpolitisch betrachtet, in der nächsten Woche eine Regierungskrise beginnen. Unmöglich wäre es auch aus einem ziemlich blamablen Einbruch machen, wenn vielleicht am Tage des Zusammentritts des Sachverständigenausschusses in Berlin eine Renklung des Reichspräsidenten ihren Niederschlag finden würde. So wird man versuchen, mit allen Mitteln des parlamentarischen Kompromisses und des Aufschubes die fröhliche Koalition der Gegenwart, die ja im Grunde nicht einmal eine ist, noch eine Weile über Wasser zu halten. Es ist ja auch sicherlich schwierig, mit dem gegenwärtigen Reichstag eine neue Regierung zu bilden, obgleich ein Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien sicherlich das notwendigste der Stunde wäre.

Sieg der Autonomisten bei der Kolmarer Stichwahl

Paris, 20. 1. Bei der Stichwahl, die am Sonntag im Wahlkreis Kolmar zur Erhebung des autonoministischen Abgeordneten Ruff stattfand, wurde der Autonomist René Haug mit 10151 Stimmen gegen den Kandidaten der Nationalen Union, Abbé Hauwer (6303 Stimmen) und den Kandidaten der Kommunisten Mühsel (1611 Stimmen) gewählt.

Dieser einwandfreie Sieg der elsässischen Heimathbewegung ist um so höher zu bewerten, als die Sozialisten ihren Kandidaten für den zweiten Wahlgang zugunsten des französischen Nationalisten zurückgezogen hatten. In Paris wird man diese Niederlage im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Wahl-Ausprägung in der französischen Kammer besonders schmerzhaft empfinden.

Die Pariser Presse ist nicht überrast

Paris, 21. 1. (Zusfpr.) Die französische Presse, die durch den Wahlsieg des Autonomisten Haug in Kolmar durchaus nicht überrast zu sein vorgibt, sucht ihre schlechte Laune über den Mißerfolg der französischen Regierungspolitik durch verweiltete Reden zu heben. Sie will nachweisen, daß der Wahlausgang nicht einen Sieg des autonoministischen Gedankens, sondern im Gegenteil einen Rückgang seiner Anhänger offenbare. Das „Journal“ schreibt, der Ausgang der Wahl zeige, daß der Autonomist gebremst sei und daß sich bereits ein fühlbarer Rückgang bemerkbar mache. Der Kampf zwischen autonoministischen und nationalen Elementen sei eingeleitet. — Auch das „Echo de Paris“, das während der Angriffe gegen Haug schweigt, will keinen Anlaß zur Verweilung sehen, da der traurige Nachfolger Ruffes es trotz der minderwertigen und ehrsüchtigen Verstärkung des Feldzuges durch Haug nur auf weniger Stimmen als seinerzeit Ruffe gebracht habe. Pflicht der Regierung sei es, der nationalen katholischen Partei Hilfe zuteil werden zu lassen. — Auch der „Petit Parisien“ tröstet sich mit dem gleichen Redenexempel. — Die „Ere nouvelle“ läßt ihren ganzen Zorn an dem Abbé Haug aus, der heute mit seiner Presse und mit Hilfe derer, die ihn fürchteten, Frankreich die Stirn bietet. Sein Einfluß müsse vor allem bekämpft werden. — Der „Avenir“ erinnert daran, daß Haug der Freund des Autonomisten Ruffe sei. Mit ihm zusammen habe er die separatistische Landespartei gegründet und in seinem letzten Wahlauftritt für das Volk das Recht der Selbstregierung, das Recht des Eigenums auf die Alltagsleben und auf die Eigenheiten gefordert. Das sei Separatismus in seiner reinsten und stärksten Form. Die autonoministische Maske sei aufgehoben und man sehe hinter ihr den Schatten germanischer Propaganda.

Die Revolution in Guatemala

Paris, 21. 1. (Zusfpr.) Wie aus Guatemala gemeldet wird, haben am Sonntag nach Befehl der Stadt Magalhães durch die Regierungstruppen die Rebellen in Quezaltenango, der zweitgrößten Stadt von Guatemala, mit der Regierung Verhandlungen angeknüpft, mit der damit gerechnet, daß der Zustand in kürzester Zeit niedergeschlagen wird.

Owen Youngs Absichten

(Eigene Meldung.)

Die nunmehr ernannten Vertreter Amerikas im Sachverständigen-Ausschuh Owen Young und Pierpont Morgan habe ihre Einladung bereits am Sonnabend angenommen und zwar hat Owen Young den Pressevertretern gegenüber über seine Auffassung der Aufgaben des Sachverständigen-Ausschusses ganz eigenartige Ausführungen gemacht. Er erklärte nämlich, daß kein neuer Reparationsplan ausgearbeitet, vielmehr nur der Dawesplan vervollständigt werden soll. Wenn dies bedeuten sollte, daß an der Höhe der Reparationszahlungen nichts geändert werden soll und daß lediglich eine zeitliche Begrenzung bzw. eine Mobilisierung der deutschen Schuld stattfinden soll, dann wäre damit der verbindliche Grundgedanke der völligen Freiheit der Sachverständigen verletzt. Man kann schon jetzt voraussetzen, daß die beiden deutschen Vertreter, Reichsamtpräsident Schädel und Generaldirektor Bögeler einer geschlossenen Front der übrigen Staaten sich gegenübersehen werden. Um so dringlicher ist die Notwendigkeit einer starken Zusammenfassung der Kräfte in Deutschland, wovon wir allerdings nach der jüngsten innerpolitischen Entwicklung weiter als jemals entfernt zu sein scheinen.

Lob dem Landesverrat

(Eigene Meldung.)

Nach den bisherigen Erörterungen und Untersuchungen scheint es immer mehr festzustellen, daß der Verrat der Groener-Denkchrift in seiner Lächerlichkeit doch nicht unweit von den radikal-papierfälligen Plänkelfreien zu suchen ist, die wir bereits wiederholt kennzeichnen konnten. Inzwischen haben wir leider lernen müssen, daß die Leute des „anderen Deutschland“ — wahrhaftig: ein anderes Deutschland! — sich nicht scheuen, eine gewisse Sympathie mit jener neuesten Entwicklung von sozialdemokratischer Staatsweise kund zu tun, bzw. zynisch offenhertzig zu erklären, daß sie ebenfalls im Besitz von Abschlüssen der Groener-Ausführungen gekommen wären. Selbst das, was hier geschehen ist nicht Verrat an der Republik? Aber keiner der Linkshüter ihrer eigenen Republik läßt nach Verurteilung. Wenn aber ein anderer die Revolution von 1918 als das bezeichnet, was sie war und bleiben wird, so soll er nach dem Willen der Sozialdemokraten ins Loch. Oder die deutsche Republik ist wieder einmal reaktionär.

Englands nächstjähriges Flottenprogramm

London, 21. 1. (Zusfpr.) Die englischen Flottenveranschlagungen für 1929/30 werden, wie der stets gut unterrichtete Flottenfachverständige des „Daily Telegraph“ hört, von dem diesjährigen Flottenanschlag von 57,5 Millionen Pfund nur wenig abweichen. Das Parlament wird aufgefodert werden, den Bau folgender neuer Schiffe zu genehmigen: einen 10000-Tonnen-Kreuzer der Cont-Klasse, zwei 8400-Tonnen-Kreuzer der Cathedral-Klasse, einen Flottenführer, acht Zerstörer und sechs U-Boote. Daneben seien ein Flugzeugträger und verschiedene Schiffe vorzuziehen. Zwei der neuen Kreuzer werden auf Staatswerken, die übrigen voraussichtlich auf Privatwerken gebaut werden. Die Verlegung eines weiteren langfristigen Bauprogramms wird als unwahrscheinlich bezeichnet. Von 1929 an würden die Bedürfnisse der englischen Flotte an Neubauten von Jahr zu Jahr und in Ueber-einstimmung mit der Baukapazität der übrigen Mächte festgelegt werden. Die Washingtoner Konferenz im Jahre 1921 werde vermutlich einschneidend die späteren Bauprogramme beeinflussen.

Der Prinz von Wales besichtigt die englischen Kohlengebiete

London, 21. 1. (Zusfpr.) Wie die „Daily News“ berichtet, wird der Prinz von Wales in Kürze eine Fahrt durch die englischen Kohlenfelder unternehmen, um sich selbst ein Bild von der Notlage der 300000 Bergarbeiter und ihrer Familien zu machen. Der Kronprinz hatte bereits kürzlich durch einen Aufruf an das Land ein umfangreiches Hilfsunternehmen für die Bergarbeiter eingeleitet.

Die Rheinlanddräumung

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 21. Januar.

Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß es jetzt Aufgabe des deutschen Volkshatters in Paris sei, vor allem die Frage der Rheinlanddräumung zu klären. Das Reparationsproblem ist ins Rollen gekommen und bedarf seiner diplomatischen Förderung mehr. Dr. v. Seehoff hatte nun, wie wir hören, am Freitag eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand und hat in dieser Unterredung das Gespräch vor allem auf die Rheinlanddräumung gebracht. Nach einer in Berlin am maßgebenden Stelle vorliegenden Information hat sich dabei der französische Außenminister sehr entgegenkommend gezeigt und darauf hingewiesen, daß Frankreich in der nächsten Zeit bereits mit Vorschlägen hervortreten werde, wie es sich die Rheinlanddräumung denke. Damit ist jedoch noch keine Zusage gegeben, denn es werden noch weitgehende Verhandlungen notwendig sein, um diese Frage zu klären. Daß Frankreich in der Dräumungsfrage die Initiative ergreifen muß, versteht sich aus der letzten Besprechung in Lugano, wo Stresemann sich zurückhielt und zu erkennen gegeben hat, daß er mit französischen Vorschlägen rechne.

Krawall in Paris

Schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und Royalisten auf dem Opernplatz in Paris

Paris, 20. 1. Am Sonnabend Abend kam es zwischen der Polizei und den Anhängern der Action Française auf dem Opernplatz in Paris zu schweren Zusammenstößen. Etwa 150 Rüstungsmarschieren in geschlossenem Zuge über die großen Boulevards und führten auf einem Lastwagen zwei gefesselte große Puppen mit sich, die den Landwirtschaftsminister Hennessy und den Abgeordneten Dumay darstellten. Beiden werfen die Royalisten bekanntlich eine Beteiligung an dem Attentat der „Gazette du France“ vor. Die Royalisten kamen sehr bald mit den wenigen den Ortsdienst verkehrenden Polizeibeamten ins Handgemeine, wobei mehrere Royalisten und Polizisten verletzt wurden. Als die Polizei Verstärkungen heranzog, zerstreuten sich die Demonstranten. Im ganzen wurden 11 Verhaftungen vorgenommen.

Bier kroatische Parteien aufgelöst

Ugram, 20. 1. Am Sonntag erschienen Polizeibeamte bei den Präsidenten der kroatischen Bauernpartei, der kroatischen Föderalistischen Partei, der kroatischen Rechtspartei und der kroatischen Volkspartei und übermittelten ihnen die Dekrete, in denen diese Parteien auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Staates als aufgelöst erklärt werden. Die Räumlichkeiten der kroatischen Bauernpartei und der kroatischen Rechtspartei wurden von den Polizeibeamten verlassen, während die Räume der kroatischen Föderalistischen Partei und der kroatischen Volkspartei offen gelassen wurden, weil diese gleichzeitig die Redaktionsräume der Blätter „Hrvat“ und „Narodna Politika“ bilden, deren Erscheinen nicht unterjocht ist. Die selbständige Demokratische Partei (Belgisch-kroatische Partei), die mit der Bauernpartei in der bawerisch-demokratischen Koalition vereinigt ist, wurde nicht aufgelöst.

Deutsch-polnische Besprechung über die Wanderarbeiter

Warschau, 21. 1. (Zusfpr.) Im Warschauer Auswärtigen Amt hat eine Besprechung mit den Vertretern der deutschen Arbeiterzentrale aus Berlin stattgefunden, wobei es sich um die Besprechung der diesjährigen polnischen Saisonarbeiteranzahl für Deutschland handelte. Die 63000 Arbeiter sollen auf die Zeit bis zum 1. April dieses Jahres nach Aufgabe des landlichen Arbeitsmarktes, sowie unter Berücksichtigung der sozialen Lage der Arbeiter verteilt werden. U. a. beschloß sich die Konferenz mit folgenden Punkten: Anwendung der Saisonarbeiter in Polen, Behandlung der polnischen Arbeitskräfte durch die deutschen Arbeitgeber, Höhe des Lohnes, Zahlungswesen, Ausweise und Regelung der Konzeptionsbestimmung bei der Rückkehr der polnischen Arbeiter. Es wurde eine Reihe von Wünschen und Forderungen besprochen, für deren Befriedigung sich die deutsche Arbeiterzentrale einsetzen will.